

Beiförderungszeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Heftliche Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierthalblich 20 Pf. ohne Zeitungskette. — Einzelne Nummern 10 Pf. — Fernsprecher: Am Dippoldiswalde Nr. 2. Gemeindeverband-Girokonto Nr. 3. — Postleitzahl: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigepreise: Die Inserationsgebühren 10 Pf., außerhalb des Bezirks 15 Pf., im einzelnen sind nach den Beiträgen die Fälle 10 Pf. — Geringe Aufgaben 5 Pf. — Reklame 10 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Schne. — Druck und Verlag: Carl Schne in Dippoldiswalde.

Nr. 24

Dienstag den 30. Januar 1923

89. Jahrgang

Örtliches und Sachsisches

Dippoldiswalde. Das Tauwetter der letzten Tage vergangener Woche hielt auch am Sonntag an. Dazu fegte ein heftiger Wind über die Flur und brachte Regenschauer. Die Schneemassen auf Weg und Flur nahmen sichtlich ab, die Straßen waren von Schlicker und Matsch bedeckt und nur gutes Schuhwerk ließ es geraten erscheinen, hinauszugehen. In den höheren Lagen liegt noch Schnee, aber auch dort ist Tauwetter und Ausübung des Sports nur schwer möglich. Trotzdem waren am Sonnabend und Sonntag die Jäger ins Gebirge dicht besetzt. Der Frühzug wurde in zwei Teilen gefahren, abwärts verkehrten Vorzüge zu dem Nachmittags- und Abendzug und auch der Sportzug, kurz vor 7 Uhr Dippoldiswalde passierend, mußte abgelassen werden.

— Im Auftrage der Geschäftsleitung des Bundes Sächsischer Staatsbeamten (B.S.B. Beamtenvereinigung) wurde am 27. d. M. den neuen, die Einzelmitgliedschaft vorliegenden Satzungen gemäß die Gründung des Orts- bzw. Bezirksgruppe Dippoldiswalde vollzogen. Zum Vorsitzenden wurde Überregionalstandmeister Blaue (Bezirksverwaltungszentrum Dippoldiswalde) gewählt.

— Was die jetzt geltende gesetzliche Miete in Wirklichkeit bereits am 1. 1. da sie in Wirklichkeit trat, durch die jahrschreitende Geldentwertung überholt, so ist das jetzt noch viel mehr der Fall. Ganz über den Haufen geworfen wird sie durch die neuen Brandkassenbeiträge, die nach Zeitungsmeldungen die schon bei der Beratung der gegenwärtig geltenden Zusätzliche zur Grundmiete gestuften Bedenken weit in den Schatten stellen. Zum Apriltermint sind hierauf 13 M. für jede Einheit zu zahlen, wobei bisher 11 Pf. bei reinen Wohnhäusern und 90 Pf. bei besonders gefährdeten Grundstücken. Die Erhöhung der Brandkassenbeiträge macht daher bei Wohnhäusern mehr aus als der gesamte Mietertag. Das hat also zur Folge, daß die Miete ab 1. 1. mehr als verdoppelt werden muß, schon aus dem erwähnten Grunde. Ab 1. 4. kommt dazu der erhöhte Zinsendienst für Kapitalanlagen. Zu alledem kommt noch die alte Berechnungen über den Haufen werfende Preissteigerung alles dessen, was mit Bauen irgendwie zusammenhängt. Das ist ja auch der Grund für die hohen Brandkassenbeiträge. Ein Stückchen Osenrot verschlingt die mehrjährige Miete der Wohnung, eine Nachreparatur von wenigen Stunden die mehrjährige Jahresmiete des ganzen Grundstücks. Da erscheint der Wert des Verhandelns um ein paar 100 Mark Jahresmiete mehr oder weniger wirklich nicht mehr in bengalischer Bedeutung, sondern im Lichte einer recht läbigen Delikte. Das Fehlen jeder Stabilität läßt schließlich die monatliche Berechnung und Zahlung der Miete zur Notwendigkeit werden.

— Ein außerordentlich interessanter und lehrreicher Vortrag wurde den Mitgliedern des Vereins "Glück zu!" und den allerdings nur wenigen dort erschienenen Gästen am Sonnabend in dem üblichen Vereinsabend geboten. Dr. Moos, 1. Chemiker bei der Mühlensanitätsanstalt Griesenius in Frankfurt, Präsident für Müller an der Technischen Hochschule Darmstadt sprach über "Das Humphreys-Versfahren". Er betonte, nachdem er von Präsident Sasse sowohl als Gewerbeoberstudiendirektor Müller begrüßt worden war, daß Chemie und Physik sich mit der Müllererei, trotzdem diese doch das älteste Gewerbe sei, erst sehr spät beschäftigt haben, und sprach dann über die Badisfähigkeit des Fleisches und die Geforderte Geschlossenheit des Klebers und über das Humphreys-Versfahren selbst, das darin besteht, Salze, die die Badisfähigkeit des Fleisches erhöhen, diesem bereits in der Mühle zuzutun. Da jedoch nur etwa 2-8 Gramm Salze auf einen Doppelzentner zu verteilen sind, kann die Zuführung nur durch eine Vernetzung in molekularem Lösung gelingen. Der Erfolg ist einmal eine wesentlich bessere, bis um 25% erhöhte Badisfähigkeit des Fleisches, die Möglichkeit, Inlandsmehl ohne Mischung mit Auslandsweizenmehl zu verwenden, damit Unabhängigkeit vom Auslandsmarkt, weiter aber auch für den Müller selbst eine bis zu 5% höhere Ausbeute an weissem Mehl dadurch, daß er das Getreide dem zum Mahlen geeigneten Feuchtigkeits-Prozent (15%) verarbeiten und die im Verdunstungsprozeß verlorene nötige Feuchtigkeit des Mahlgutes (aus 15%) leicht wieder erlangen kann. Bei der trockenen Vermählung kann der Müller obendrein die Leistung seiner Mühle bis um 10% steigern. Diese Ausführungen und noch mehr eine anschließende sehr rechte Ausprache, die viele praktische Wünse und Anwendungswangen gab, und in der Dr. Moos in liebenswürdigster Weise eingehend auf alle gestellten Fragen antwortete, wurden mit lebhaftestem Beifall aufgenommen. Gewerbeoberstudiendirektor Ingenieur Müller betonte zum Schluß noch, daß, wenn auch von einem Ausländer den Namen tragen, das Verfahren doch durch deutsches Können, deutsches Wissen und deutschen Fleiß erdacht und durchgeführt worden sei, und daß dieses Können und Wissen und auch dieser Fleiß uns auch in der zehigen und kommenden schweren Zeit helfen und sie uns erleichtern möchten. Nach dem Vortrag, der mit Beifall unüberhörbar zwei Stunden dauerte, blieb man noch ein Stündchen an gemütlicher Kneiptafel beisammensetzen.

— In der am Sonnabend stattgefundenen Jahresversammlung des Männergesangvereins gab der Schriftführer und Kellner, Vorsthende Kohlmann einen ausführlichen, von reicher Vereinsfähigkeit zeugenden Bericht über das 81. Vereinsjahr, das 30 aktive und 40 passive Mitglieder zählte. Höhe- und Lichtpunkte im verflossenen Jahre bildeten der Gesindeball in der Faßnachtszeit, die Himmelfahrtspartie nach Königstein und das Kirmeskonzert. Das Rechnungswerk des Kassierers Schäfer, das trotz der von der Rechnungsprüfung geforderten größeren Ausgaben, aber durch im ganzen angewandte Sparfamilie einen nicht ungünstigen Kassen- und Vermögensbestand aufwies, wurde auf Antrag der Rechnungsprüfer für richtig gesprochen. Schnell und glatt verließen die Vorstandswohlen, da alle Ausscheidenden ausnahmslos wieder mit ihren Funktionen vertraut wurden. Einen Wohltätigkeitsakt vollzog der Verein, indem die Anwesenden für den erkrankten Liederkomponisten Professor Klingt-Dresden eine Spende von 5000 M. entrichteten, die sicher noch eine wesentliche Erhöhung erfahren wird. Auch für die Leibergiftung zugunsten bedürftiger Sänger wurde der Anfang einer Sammlung gemacht. Wie die Verdiestplatte und die Wiederwahlwähler sowie der Liedermeister Kantor Herklotz durch Liederpreise harmonisch beglückt worden waren, soß Vorstand Meiss die Jahresversammlung, mit Besiedlung auf die Vergangenheit zurückblickend und voll Hoffnung in die Zukunft ausschauend, indem er mit der Sängerschar den Sänger-

spruch anstimmte: Wenn auch die Welt dir alles nahm, ein Kleinod übe, deutliches Herz, das deutsche Lied, so wundersam, es zieht dich himmelwärts.

— Am 25. Januar ist die biegsige Beschläfstation wieder mit 4 Hengsten, einem Belgier und 3 Oldenburghern, bezogen worden. Zum 25. Male kehrte Gestalteroberwärter Mahler hier ein. Die Ranche um die Türe des Beschläfstalles deutete auf den feindslichen Empfang, der ihm wurde, ist M. ja doch auch in allen Kreisen, nicht nur der Landwirtschaft, gern gelieben und wohlgesonnen. — Das Deckgeld richtet sich in diesem Jahre jeweils nach den Hasenpreisen.

— Die Dresdner Zeitungen erhöhen das Bezugsgeld für Februar um 100 % des Januarpreises.

Rabenau. Dem Ehrenrat der Volkschule wurde ein Vorschlag bis 100 000 M. bewilligt zur Unterstützung bedürftiger Konfirmanden aus Gemeindemitteln.

Freital. Auf dem Bahnhofe wurden am Donnerstag früh drei Männer festgenommen, die drei Uhren bei sich führten, die aus einem Einbruch in einem Bautznerhof in Kleinwaltersdorf bei Freiberg herriethen. Beim Transporte vom Bahnhofe nach der Polizeiwache entlohen die Verbrecher. Zwei entkamen, während einer festgenommen werden konnte.

— Diebstähle von Betriebsmaterialien aller Art beschäftigen fortwährend den Kriminalpolizei zu Freital. Den Polizeibeamten gelang es in der letzten Zeit, Diebesbeute im Werte vieler Millionen Mark, die aus Fabrikbetrieben des Plauenschen Grundes stammten, zu beschlagnahmen, und den geschädigten Unternehmen wieder zuzuführen, auch war es möglich, verschiedentlich die Spitzbuben und ihre Helfershelfer zu ermitteln und festzunehmen.

Dresden. Das Oberlandesgericht verhandelte am Freitag als Revisionsinstanz gegen den verantwortlichen Schriftleiter der Leipzig. R. N. Dr. Günther wegen Beleidigung des Ministers Lipinski. Bekanntlich hatte der Minister in der Landtagssitzung vom 2. November 1921 "Entblöllungen" über geheime Waffenlager und Geheimorganisationen in Sachsen gemacht, die von französischer Seite und besonders von dem Mainzer Tappenbergblatt in einer den deutschen Interessen höchst nachteiligen Weise weidlich ausgeschlachtet worden sind, weil sie den Anschein erwecken müssten, als ob Deutschland noch immer nicht entwaffnet sei. Kurz darauf und dann noch Anfang 1922 veröffentlichte das Leipziger Blatt aus der Feder eines Rheinländer stammende Auslöser, in denen festgestellt wurde, die Rheinländer könnten nicht das Gefühl unterdrücken, daß zwischen den Lipinskischen Entblöllungen und den französischen "Sicherungskampagne", die seit langer Weile zeitlich zusammenfielen, ein kausaler Zusammenhang bestehe. Im zweiten Artikel hieß es, die Rheinländer müssten die Fenster bezahlen, die die sächsischen Unabhängigkeiten einschmissen; Lipinski, der Antimilitarist, Pazifist und Sozialist, habe dem französischen Militarismus Hekatomben geschlachtet. Außerdem wurde noch dem Minister vorgeworfen, seine hohe Staatsstelle zu Partei Zwecken missbraucht zu haben. Das Landgericht hat den Angeklagten zu 2000 M. Geldstrafe verurteilt. Es hieß nicht für erwiesen, daß der Minister sich der absichtlichen Angeber, also der Denunziation, schuldig gemacht habe, befehlte aber dem Minister eine gewisse Fahrlässigkeit, da er nicht die Wirkung seiner "Entblöllungen" nach außen hinreichend bedacht habe. Das Oberlandesgericht hat jetzt das Urteil bestätigt, das damit Rechtskraft erlangt hat.

— Vom Unglück verfolgt ist seit Jahren die Dresdner Gemäldegalerie. Ihre Magazine sind in unglaublichem Umfang überfüllt, hunderte von wertvollen Bildern können niemals gezeigt werden. Kurz vor Kriegsausbruch hatten Regierung und Landtag einen Neubau für die moderne Abteilung bewilligt. Aber kaum hatte man mit den ersten Arbeiten begonnen, als der Krieg ausbrach und der Weiterbau leider unterblieb. In einem Neubau ist natürlich für lange Zeit nicht zu denken. Einen teilweisen Erfolg hat aber die Galerie jetzt, einem aus Dresden zugegangenen Besuch zufolge, dadurch gefunden, daß ihr das dem früheren König gehörende Palais in der Parkstraße in Dresden auf 15 Jahre überlassen werden soll. Die Räume sind recht gut für Galerie Zwecke geeignet und liegen noch fast in Stadtinnen, so daß die Lösung jetzt zu begrüßen ist.

— Wie eine Dresdner Korrespondenz schreibt, befinden sich in Dresden etwa über 30 Personen, die zur Entente-Kommision gehören, die im Hotels usw. am Hauptbahnhofe untergebracht sind. Zu deren Schutz wird ständig eine städtische Polizeiabteilung im Dresdner Hauptbahnhof bereitzthalten, die in den Räumen des dortigen Gendarmeriekopfens und des ehemaligen Königszimmers untergebracht ist. Nach den allgemeinen Beobachtungen — so schreibt die Korrespondenz — scheinen sich die Franzmänner und deren Gefolge nicht mehr so recht sicher zu fühlen, es fragt sich, ob der starke polizeiliche Schutz für diese Gesellschaft wirklich angebracht ist.

— In der Nacht zum 20. Januar wurde der 65 Jahre alte Bahnwärter Th. in Mittelgrund a. E. von zwei Unbekannten in seinem Blockhouse, das sich ganz nahe seiner Wohnung befand, überfallen, gewürgt und durch Kopfschläge auf den Kopf schwer verletzt. Die beiden Unbekannten wußten den jetzt von der Dresdner Polizei ermittelten und auf dem biegsigen Hauptbahnhof bewußt in der Centralherberge festgenommen. Von der tschecho-slowakischen Gendarmerie ist die Tochter des Bahnwärters, die schon erhebliche Verstrafen hinter sich haben soll, inzwischen ebenfalls hinter Schloß und Riegel gebracht worden.

— Wie die Eisenbahn-Direktion Dresden bekanntgibt, treten in Sachsen die Jugendschränkungen zunächst kommenden Dienstag in Kraft. Weitere Einschränkungen sind im Laufe dieser Woche zu erwarten. Es wird sich zunächst um Einschränkungen von etwa 20 Prozent handeln. Die ausfallenden Tage werden durch Anschläge an den Bahnhöfen belastigbar gegeben. Die Linie Hainsberg-Riesdorf und der Vorortverkehr auf der Tharandter Strecke werden nicht betroffen. Auf der Chemnitzer Linie kommt, für uns vielleicht noch am wesentlichsten, der 9. Zug vormittags ab Dresden in Wegfall. Immerhin tut jeder, der eine größere Reihe unternehmen muß, gut, sich vorher an den roten Anschlägen genau zu vergewissern, ob die in Aussicht genommenen Tage noch verfehlt.

— Am Freitag wurde ein erwerbsloser Bureaugehilfe dabei erfaßt, wie er in der öffentlichen Abortanlage im Landgericht am Münchner Platz einen Wasserhahn direkt abgebrochen hatte. Der Spitzbube, der zufällig noch Strafe zu verbüßen hat, wurde sogleich der Gefangenanstalt zugeführt.

— Gelegentlich behördlicher Erörterungen wegen Verdachts des Vergehens gegen die Preistreibereiordnung war der Kaufmann Mühlberg in Dresden vorübergehend lediglich wegen Rollionsgefahr in Verwahrungshaft genommen, ist aber in vergangener Woche wieder ohne jede Sicherheitsleistung auf freien Fuß gesetzt worden. Ob die betreffende Angelegenheit später zur Erhebung einer Anklage führen wird, darüber lassen sich vorläufig noch keinerlei bestimmte Angaben machen.

Dresden. Wie jehnerzeit gemeldet, wurde am Sonntag den 10. Dezember ein hier zugereiste junger Mann von zwei Unbekannten vom Hauptbahnhof aus nach Görlitzer Flur verschleppt und dort seiner Kleidung und sonstigen Wertgegenständen beraubt. Wie der Bericht der Kriminalpolizei meldet, sind jetzt die Täter durch die bei ihnen vorgefundene und dem jungen Manne mitgebrachten Ausweispapiere in dem 21 Jahre alten Arbeiter Arthur M. aus Gelsenkirchen und dem Schlosser Willy Sch. aus Berlin festgestellt worden. Beide haben in Berlin und Umgegend mehrere derartige Straftaten verübt. Bei der Ausführung eines neuerlichen Raubüberfalls gelang ihre Festnahme.

— Die Direktion des Dresdner Schlachtwiehhauses schreibt zu dem auch von uns abgedruckten Briefe eines Dresdner Viehhändlers an einen Münchner Händler, in dem zur Viehlieferung nach Dresden aufgemuntert wurde, weil dort dem Händler besonders günstige Bedingungen herrschen sollten (Füttermöglichkeit bis zum letzten Augenblick, höchste Preise), daß die Vorschriften wegen des Fütterns überall in Sachsen die gleichen seien, in Dresden aber besonders scharf gehandhabt würden, und daß die Preise in Leipzig und Dresden z. B. in der Woche vom 24. bis 30. Dezember höher wären als in Dresden.

— Im Dezember wurden in Dresden 132 Ausländer wegen Umgehung der Meldevorschriften, verbotener Grenzüberschreitung und unerlaubter Warenausfuhr angezeigt, 20 verhaftet. Der Wert der beschlagnahmten Waren und die zur Verhöhnung mit Verhaftung geleisteten Sicherheiten überschritten 24 Millionen Mark. Ferner wurden im Dezember von den Zollämtern für 2½ Millionen Mark beschlagnahmte Waren zugunsten des Reiches für verfallen erklärt.

— Der Bezirksausschuß Dresden-Reudnitz nahm die Sozialabgabe an, die der Arbeitgeber in Höhe von ½ % der Löhne zahlen soll, ferner eine Überstunden-Abgabe, die die Arbeitgeber und den Arbeitnehmer mit je 15 % der Überstunden-Entschädigung treffen soll. Die endgültige Entscheidung liegt selbstverständlich bei der Bezirkssversammlung.

— Ein Sonderartikel im "Dresdner Anz." nimmt dagegen Stellung, daß jetzt so viele schulpflichtige Knaben und Mädchen die Devisenpekulation der Gegenwart, die zu einem wahren Taumel für jung und alt ausgetragen ist, sich zu nutzen machen, in der Schule oft die geringsten Kenntnisse besitzen, aber über Dollarstand und Kurschwankungen bestens unterrichtet sind und daraus Kapital schlagen. Sie fangen die ankommenden Reisenden aus der Tschecho-Slowakei ab und betreiben sie in unverschämtester Weise um Kronen an, stellen wohl auch Personen, die ins Wechselschäft gehen. Der Artikel schreibt fest, daß sich Personen oft nicht der bettelnden Kinder erwehren können, was keinen guten Eindruck hinterlässt, umso mehr als die Angebieteten dann gar oft wahnenehmen müssten, wie das Geld, das ihnen unter Vorspiegelung traumiger Verhältnisse abgenommen worden sei, schleunigst umgewechselt und in Ladeneien in Konditor- und Schokoladen-Läden vertan werde.

Dresden. Das sächsische Ministerium des Innern hat mit Rücksicht auf die Not der weit überwiegenden Mehrheit unseres Volkes und unter Hinweis auf die politischen Ereignisse der letzten Woche die öffentlichen und nichtöffentlichen Masken- und Kostümabälle sowie alle Veranstaltungen ähnlicher Art für dieses Jahr verboten. Ein allgemeines Tanzverbot ist zunächst nicht in Aussicht genommen, jedoch werden weitere Maßnahmen, die der Not der Zeit entsprechen, zwischen den einzelnen Ministerien beraten.

— Im Dresdner Stadtverordneten-Kollegium äußerte ein Stadtverordneter sich dahin, daß das Räumen einer Düngergrube heute 70 000 Mark koste. Der sozialistische Bürgermeister Nitsche führte aus, daß sich die Mieter in diesem Viertel nicht, wie der Chemnitzer Linie kommt, für eine Nachzahlung in Höhe des 60 bis 70 fachen der Grundmiete gesetzt machen müssten. (Dabei ist ein Anschein nach noch nicht einmal an die neue Brandlast gedacht.)

Ein für alle Mal!

Die französische Regierung muß sich ein für allemal auf die Antwort beziehen, die sie am 22. Januar auf das von dem deutschen Geschäftsträger übergebene Aide Mémoire vom 21. Januar erhielt hat.“ So heißt es in der Verbalnote, die als Erwiderung auf die deutschen Beschwerden wegen des kriegsgerichtlichen Verfahrens in Mainz und wegen der neuen Verhaftungen im Ruhrgebiet ergangen ist. Außer dem Vorzug der Kürze ist diesem Verfahren nichts nachzuahmen, weder die im diplomatischen Verkehr übliche Höflichkeit noch die Beobachtung völkerrechtlicher Gebräuche. Falls die Reichsregierung trotzdem weiterhin den Beschwerdeweg beschreiten sollte, könnte dies nur den Grund haben, urkundlich festzustellen, daß sie mit den französischen Besiegungen nicht einverstanden ist; daß auch andere Regelungen darüber unterrichtet werden und daß aus ihrem Schweigen nicht falsche Schlüsse gezogen werden.

Siehe der Verfehlungen, die sich Frankreich in Gestalt von Zwangsmäßigkeiten gegen Deutschland zuschulden kommen läßt, ist ein neues Glied der Kette, womit das Ruhrgebiet abgeschlossen werden soll. Dass die Abschaffung von Anfang an geplant war, wird uns rückhauend klar. Schon in der Apotheker des Verfallen Vertrages war sie im verschlossenen Bistumskrank der Sanktionen vorhanden, dessen Öffnung nur mit Zustimmung aller Mitbesitzer erlaubt war. Die Franzosen erbrachten ihr kurzer Hand und ließen sich darin nicht durch den Hinweis auf diese Ungefechtlichkeit stören. Kein Mitglied der Entente wollte sich zu einem formalen Einspruch gegen die Besiegung Frankfurts verstehen; Lloyd George ließ es zu, daß die Reparationskommission ihre Unwesen fortsetzte selbst in Fällen, wo das Unrecht handgreiflich und eine Sprengung der Kommission angezeigt war. Es folgte eine Konferenz nach der anderen, sämtliche blieben ergebnislos für Deutschland, das mit dem Londoner Ultimatum die Beiseitung der Unerfüllbarkeit der Forderungen überreicht erhielt. Poincaré stampfte wie ein Büffel durch ein Maisfeld auf sein Ziel los und um so schneller, als ihm von Seiten der übrigen Ententestaaten vorgestellt wurde, daß er Unmögliches verlange und Deutschland am Rande seiner Kraft angelangt sei. Die deutschen Noten wanderten in den Papierkorb, die Gutachten der internationalen Sachverständigen wurden als schäbiges Material den Archiven einverlebt, die Presse Amerikas und Englands schrieb sich die Fäden stumpf.

Da beschleunigte der Weltdiktator, des trockenen Tones satt, sein Tempo. Die erste Verfehlung Deutschlands wurde aus der Pariser Akte herausdestilliert, eine zweite, eine dritte. Der Regierungswechsel in England begünstigte diese Arbeit, obwohl niemand verborgen sein konnte. Schon deshalb nicht, weil in dieser Zeit der Gehrleinbericht Dariacs ans Licht gezogen wurde, dieses Programm für die Verfranzösisierung von Rheinland und Westfalen, und daran schlossen sich die Konferenzen im Elysee. Was damals alles dementiert wurde, hat sich heute in schmachvolle Wirklichkeit umgesetzt: die Okkupation des Ruhrbezirks ist vollzogen mit einem Gewaltstreich sondergleichen — ein für allemal.

Vier Millionen deutscher Staatsbürger sind zu Empfängern französischer Befehle geworden, für deren Rechtswirksamkeit auch nicht ein bläser Schein staatsrechtlicher Begründung beizubringen ist. Über ein friedliches, in Frieden lebendes Volk brad plötzlich eine Periode der Entrichtung herein, und seinen natürlichen und gesetzlichen Schülern, der deutschen Regierung, ist mit einem brutalen Bescheid das Wort abgeschnitten worden: ein für allemal.

Da gleichzeitig eine „Generalverfehlung“ Deutschlands im Wiederherstellungsausschluß ausgetilgt wurde, glaubt sich Poincaré aller weiteren Antworten auf deutsche Vorstellungen entzogen, da sein zweites Schreiben, das auf den deutschen Protest gegen die Beamtenverhaftungen „auf alle Mitteilungen antwortet, die er von der deutschen Botschaft erhalten werde.“ Danach scheint die Belohnung eines Botschafters in Paris für Deutschland überflüssig geworden zu sein, und das entspricht eigentlich auch dem Kriegszustand, den Frankreich ohne Kriegserklärung über Deutschland verhängt hat.

In der Verbalnote ist außerdem von französischen „Okkupationsbehörden“ die Rede. Das setzt eine Okkupation voraus, die staats- und völkerrechtlich einen einsitzigen, gewaltfamen Erwerb der Staatsgewalt über ein herrenloses Land bedeutet und effektiv geworden ist. Es ist nur eine andere Bezeichnung für Annexion. Ob diese Annexion nun wirklich ein für allemal zu Unrecht fortbestehen wird, sieht auf einem anderen Blatt, denn sie schlägt allen, selbst durch den Versailler Vertrag festgelegten Vorschriften über das Selbstbestimmungsrecht ins Gesicht, schafft in rechtlicher und wirtschaftlicher Beziehung ein solches Chaos, daß dieser Zustand nicht mit einem Machtwort ein für allemal abgetan sein kann.

Abschaffung des Ruhrgebietes

Die Abschaffung des Ruhrgebietes vom unbesetzten Deutschland steht unmittelbar bevor. Teilmaßnahmen sind schon in beträchtlichem Umfang durchgeführt. Auf allen Grenzstraßen des alt- und widerrechtlich besetzten Gebietes bemerkte man gewaltige Truppenmengen, die nach einem bis ins kleinste ausgearbeiteten Plan stationiert werden.

In südlicher Richtung haben die Franzosen folgende Linie mit starken Truppenmassen abgesperrt: Düsseldorf über Großesbaum nach Duisburg—Oberhausen—Bottrop—Gladbeck West I—Rellinghausen. Von hier aus gehen die Operationen nach Südwesten weiter. In südlicher Richtung ist folgende Linie festgelegt: Düsseldorf—Kettwig—Werden—Rupserdrich nach Steele, in nordöstlicher Richtung weiter. In Verbindung mit diesen Operationen sind dann auch die Bahnhöfe Gladbeck West, Rellinghausen Ost, Aplerbeck und Aplerbeck Süd, ferner im Süden Werden, Essen, Stadt-

wald, Hellingen und Kupferdrich von französischen Truppen besetzt worden. Die Zolllinie ist bereits gezogen im Süden über Wallerode—Lünen nach Dortmund—Hörde auf Hagen—Borhallen.

Die Erregung der Bevölkerung ist begreiflicherweise groß. Wie verlautet, ist man allgemein entschlossen, in den allgemeinen Streik zu treten, falls die Franzosen ihre Absicht, jegliche Kohlenfahrt nach dem neubesetzten Deutschland zu unterbinden, durchführen.

Das Reichskabinett

hat während der Staatsberatung im Reichstag eine Sitzung abgehalten, die sich mit der Vorberatung von Abwehrmaßnahmen gegen die neue Aktion der Franzosen im Ruhrgebiet beschäftigte. Einzelheiten hängen natürlich von den Maßnahmen ab, die die französische Regierung anordnen wird. Schon jetzt steht aber fest, daß die deutsche Regierung auch gegen solche Maßnahmen mit Unterstützung der gesamten Bevölkerung und der Beamtenchaft im Ruhrgebiet erfolgversprechende Gegenmaßregeln an der Hand hat.

Verhaftungen und Ausweisungen.

Bürgermeister Schmidt-Düsseldorf, der Stellvertreter des Oberbürgermeisters, ist von den französischen Besatzungsbehörden verhaftet worden. Die Verhaftung erfolgte, wie die „Düsseldorfer Nachrichten“ melden, im Rathaus, als eine Besprechung der Fraktionsführer der Stadtverordnetenversammlung stattfand. Der Stadtverordnete Adams erhob namens der Stadtverordnetenversammlung Protest gegen die Verhaftung. Auf die Frage, aus welchen Gründen die Verhaftung erfolgt sei, wurde keine Antwort gegeben.

Bei den Besatzungsbehörden wurden nenerdings verhaftet die Oberzollinspektoren Reile, Ufer und Glöckner, alle drei in Aulendorf und Oberzollstelle Düsseldorf in Neukirchen, ferner der Düsseldorfer Polizeipräsident Oegle. Die französische Besatzungsbehörde hat die Polizeistunde in Düsseldorf auf 10 Uhr abends festgesetzt. Ansammlungen auf Straßen und Plätzen sind strengstens verboten. Holler, Werner und Oberzollinspektor Vogt vom Hauptzollamt in Neukirchen sind ausgewiesen worden.

Regierungspräsidenten gesucht.

Wie die Wiesbadener Blätter berichten, wurde mehreren Beamten des Regierungspräsidiums, nämlich dem Verwaltungsratsdirektor Baumgärtner, dem Regierungsrat Voettiger, dem Regierungsrat Reich und dem Regierungsschuldenoberbuchhalter Speke vom stellvertretenden Bezirkdelegierten der Rheinlandkommission einzeln die Frage vorgelegt, ob sie bereit seien, die Geschäfte des Wiesbadener (verwaisten) Regierungspräsidiums auf Anordnung der Rheinlandkommission zu übernehmen. Sämtliche vier Herren haben dieses Antragen weit von sich gewiesen. Darauf war der derzeitige stellvertretende Regierungspräsident, Oberregierungsrat Waldschmidt vom Stellvertreter des Bezirkdelegierten der Rheinlandkommission gefragt worden, wer noch ihm als stellvertretender Regierungspräsident in Betracht komme. Waldschmidt antwortete, daß er das leuge zur Vertretung des Regierungspräsidenten ermächtigte Mitglied der hiesigen Regierung sei.

Der französische Platzkommandant hat dem Offizier Polizeipräsidienten erklärt, die französischen Truppen würden in Zukunft bei Angriffen der Bevölkerung auf ihre Posten vor der Schußwaffe Gebrauch machen. Er bittet deshalb, daß die Polizeibeamten, wenn sie die Menge nicht mehr zurückhalten könnten, hinter die französischen Posten gingen. Der Polizeipräsidient hat erwidert, daß die deutsche Polizei sich niemals hinter französische Truppen zurückziehen werde, um diesen das Schuhfeld auf deutsche Landsleute freizumachen. Die Polizeibeamten würden bis zum letzten Augenblick auf ihren Posten bleiben, um im Interesse der Bevölkerung einen Zusammenstoß mit den Truppen zu verhindern.

Systematische Störung

des Bahnbetriebes.

Die Militarisierung der Eisenbahn geht weiter vorwärts. Eine große Anzahl französischer Eisenbahner trifft in Sonderzügen ein. Ein großer Teil der Bahnhöfe ist seitens der deutschen Beamten stillgelegt worden. Zu einem anderen Teil ist das Personal von den Franzosen angewiesen worden, die Bahnhöfe zu verlassen.

Die französischen Eisenbahnamen sind dabei, sich in den deutschen Betriebsstätten einzurichten. Das deutsche Personal leistet naturgemäß bei der Weiterbeförderung keine Behilfe. Das Publikum ist von Eisenbahnbetrieb

so gut wie ausgeschlossen.

Durch die Abschaffung wird die Wagengestellung für die Züge immer schlechter. Die Züge selber fordern bereits eine erheblich geringere Zahl von Wagen an. Auf Bahnhof Bolmarstein hat sich infolge des Eingreifens des französischen Personals bereits ein Unfall ereignet, die Strecke mußte zeitweilig gesperrt werden. Nach Köln ist nur der Weg über Elberfeld passierbar, die Züge, die das Ruhrgebiet passieren, seien in Essen aus. Die Franzosen scheinen es überall auf systematische Störung des Bahnbetriebes anzuregen, um den Widerstand des deutschen Eisenbahners herauszufordern und so den gesamten Bahnbetrieb in französische Hände zu bringen. Besonders die Hauptstrecke Düsseldorf—Duisburg—Oberhausen—Essen ist stark gestört. Sämtliche B-Züge müssen umgeleitet werden. Auch die Zugfolge Köln—Hamburg ist stark in Mitteidenschaft gezogen. Da die französischen Eisenbahner die elektrischen Stellwerke nicht bedienen können, so arbeiten sie

an den Weichen mit Brechstangen

herum. Abgesehen von den damit verbundenen Störungen des technischen Apparates verzögern sich auch die Zugfolgen. Das deutsche Eisenbahnpersonal weigert sich natürlich, den Anordnungen der Eindringlinge Folge zu leisten, und legt in der Regel sofort die Bahnhöfe still. So gingen Sonnabend die Bahnhöfe Kettwig, Rellinghausen und Oberhausen in Abwesenheit. Trotzdem funktionierte immerhin der Kohlentransport noch lebhaft. Die Abfuhr der Wagen von den Zügen erfolgte ohne Störung. Für die Eisenbahndenkmale macht sich außerordentlich störend bemerkbar, daß in Essen 11 Dienstleistungen des Eisenbahnervertrages beschlagnahmt wurden. Auch der Umschalterraum des Hauptvertragsbüros Essen ist von den Franzosen beschlagnahmt.

Ausschreitung farbiger Franzosen.

In Trier ist es infolge der Verhängung des Belagerungszustandes erneut zu schweren Zusammenstößen zwischen der Bevölkerung und französischen Soldaten gekommen. Algerische Spahis sind mit blauer Waffe auf Frauen und Kinder eingedrungen. Marokkaner misshandelten den Direktor der Trierischen Landesbank. Den Zivilpersonen ist das

Betreten der Straße zwischen 9 Uhr abends und 7 Uhr morgens verboten worden. Der Eisenbahn- und Straßenbahnbetrieb ruht ganzlich.

Poincaré antwortet im voraus.

Die französische Regierung hat die letzten deutschen Noten, in denen gegen das militärgerechtliche Verfahren in Mainz und gegen neue Verhaftungen im Ruhrgebiet protestiert wurde, mit den folgenden beiden Noten vom 24. und 25. Januar beantwortet:

Die französische Regierung muß sich ein für allemal auf die Antwort beziehen, die sie am 22. Januar auf das vom deutschen Geschäftsträger übergebene Aide Mémoire vom 21. Januar erhielt hat: Die von den Okkupationsbehörden getroffenen Maßnahmen sind die Folge der von der deutschen Regierung begangenen Verletzungen des Vertrages von Verdailles; sie haben keinen anderen Zweck, als die Ausführung des Vertrages sicherzustellen.

L.

Herr Geschäftsträger!

Im Auftrag Ihrer Regierung haben Sie... gegen die Verhaftung deutscher Beamter im Ruhrgebiet protestiert... Ich wiederhole, daß die in dieser Sicht getroffenen Maßnahmen die Folge der Verletzung des Vertrages von Verdailles sind, welche die deutsche Regierung begangen hat. Ich füge hinzu, daß das gegenwärtige Schreiben im voraus auf alle Mitteilungen antwortet, die ich von der Deutschen Botschaft über diesen Gegenstand erhalten werde.

Ehrenhaften Sie usw.

Die „Generalverfehlung“ festgestellt.

Die Reparationskommission hat auf Antrag Barthous und Delacozic die allgemeine Verfehlung Deutschlands hinsichtlich seiner Verpflichtungen an Frankreich und Belgien festgestellt und den Zahlungsplan vom 5. Mai 1921 in Kraft erklärt. Der Beschluss wurde mit den Stimmen des französischen, belgischen und italienischen Delegierten gefaßt, während der englische Vertreter sich der Abstimmung enthielt. Die deutsche Regierung ist sogleich benachrichtigt worden. Dem Bemühen noch wird die Reparationskommission alsbald eine Note an Deutschland richten, in der die Forderung auf die Zahlung einer halben Milliarde Goldmark bis zum 31. Januar gestellt wird. Wie „Matin“ mitteilt, ist im Laufe der Sitzung seitens der Mitglieder eine gewisse Beunruhigung über die unangenehmen Folgen ausgeprochen worden, die für die Kommission selbst die vollständige Einstellung der Zahlungen Deutschlands haben könnte. Glücklicherweise sei aber festgestellt worden, daß die Reparationskommission noch genügend Mittel besitzt, um den Fortgang der Dienste für lange Monate zu sichern.

Der Vertrag ist verfehlt!

Englisches Rechtsurteil.

Freitag nachmittag stand in Downing Street eine Sitzung statt, bei der, wie verlautet, die Frage der französischen Besetzung des Ruhrgebietes erörtert wurde. Es wurde beschlossen, die englischen Truppen vorläufig am Rhein zu lassen, solange sich keine weiteren Komplikationen ergeben. „Star“ zufolge wurde dann das Rechtsurteil der Rechtsbeamten der Krone Sir Douglas Haig und Sir Thomas Inskip, verlesen. Es geht dahin, daß die französische Aktion eine Verfehlung des Friedensvertrages von Verdailles darstelle.

Kurzbeinige Lügen.

Die Pariser Zeitungen behaupten, daß sich in Berlin eine Aenderung der Stimmung bemerkbar mache; die Regierung werde schwankend und der eigentliche Widerstand sei im Schwanken. Die Sozialdemokratie befindet sich in voller Opposition zur Regierung und werde diese Opposition auch demuthig in das öffentliche zum Ausdruck bringen. Es herrsche in Berlin Angst und Schrecken.

Dagegen ist — so behauptet der nach Paris zurückgekehrte Dr. Coqueret, und die Presse spricht es ihm nach — im Ruhrgebiet alles in dieser Ordnung. Aber offenbar ist man in Aachen weit davon entfernt, die französischen Truppen zu verteidigen. Es wurde beschlossen, die englischen Truppen vorläufig am Rhein zu lassen, solange sich keine weiteren Komplikationen ergeben. „Star“ zufolge wurde dann das Rechtsurteil der Rechtsbeamten der Krone Sir Douglas Haig und Sir Thomas Inskip, verlesen. Es geht daher dahin, daß die französische Aktion eine Verfehlung des Friedensvertrages von Verdailles darstelle.

Die bayerische Staatsregierung hat über das rechtsrheinische Bayern den Ausnahmezustand verhängt, da die national-socialistische Partei den gesetzlichen Boden verlassen hat und der staatlichen Gewalt entgegenzutreten drohte.

Über die Vorgeschichte dieser Maßnahme verlautet: Da die außenpolitische Lage gebietsmäßig die Zusammenfassung aller Kräfte verlangt, war dem Führer der nationalsozialistischen Partei, Hitler, eröffnet worden, daß zur Feststellung einer parlamentarischen Kommission ins Ruhrgebiet erwacht, um ein objektives Urteil über die Lage im neubesetzten deutschen Gebiet zu gewinnen. Die „Deutsche“ behauptet, daß auch Poincaré durchaus nicht mit dem Verlauf der Operationen zufrieden sei. Er erwähnt eine weitere Ausdehnung der militärischen Maßnahmen und bestätigte, die dauernde Besetzung des Ruhrgebietes ins Auge zu fassen.

Ausnahmezustand in Bayern.

Die bayerische Staatsregierung hat über das rechtsrheinische Bayern den Ausnahmezustand verhängt, da die national-socialistische Partei den gesetzlichen Boden verlassen hat und der staatlichen Gewalt entgegenzutreten drohte.

Über die Vorgeschichte dieser Maßnahme verlautet: Da die außenpolitische Lage gebietsmäßig die Zusammenfassung aller Kräfte verlangt, war dem Führer der nationalsozialistischen Partei, Hitler, eröffnet worden, daß zur Feststellung einer parlamentarischen Kommission ins Ruhrgebiet erwacht, um ein objektives Urteil über die Lage im neubesetzten deutschen Gebiet zu gewinnen. Die „Deutsche“ behauptet, daß auch Poincaré durchaus nicht mit dem Verlauf der Operationen zufrieden sei. Er erwähnt eine weitere Ausdehnung der militärischen Maßnahmen und bestätigte, die dauernde Besetzung des Ruhrgebietes ins Auge zu fassen.

Aus dem Reichstage.

Zu Beginn der Freitagssitzung wandte sich Reichsfinanzminister Dr. Hermann gegen die Vorwürfe des Abg. Wels wegen der Stundung der Kohlensteuer. Bei der Kohlensteuer lagen zwingende wirtschaftliche Gründe für eine Stundung vor. Im September war vereinbart worden, daß den Arbeitern zwei Drittel ihres Lohnes jeweils einen Monat früher bezahlt werden sollten. Für den Ausgleich dieser momentanen Krise gab es zwei Wege: Kohlenpreiserhöhung oder kurzfristige Stundung der Kohlensteuer. Von der am 20. September bis 31. Dezember 1922 fälligen Kohlensteuer sind insgesamt 21,9 Milliarden eingezahlt, so daß nunmehr tatsächlich noch 2,4

Milliarden gesündet sind, wovon 2 Milliarden am Ende des Monats und der Rest gegen Ende März zur Zahlung kommt. In einer eingehenden Befragung der Finanzlage Deutschlands erklärte Abg. Helfferich (Dnt.), die Gesamtlage werde nach dem heutigen Standpunkt auf mindestens 7 Billionen zu berechnen und das Defizit mit 5 Billionen noch zu niedrig veranschlagt sein. Dabei sind noch keine Reparationszahlungen und Sachleistungen in Anrechnung gebracht. Erst die Politik Poincaré hat wieder alles in Grund und Boden verschlagen, was unter schwersten Opfern zur Sanierung unserer Beziehungen geschehen war. (Hört, hört!) Im Dezember lieg die Schuld allein um 110 Milliarden Mark; als die Bank Poincaré bereits zum Schlag erhoben war, da stieg die schwedende Schuld um das Doppelte des Betrages in einem Monat, wie sie überhaupt im Juli vorigen Jahres ausgemacht hatte. (Hört, hört!) Dies selbstmörderische Verfahren muss vorüber sein.

Der Redner wandte sich dann gegen den räuberischen Einfall in das Ruhrgebiet und brandmarkte das Treiben der Franzosen. Er dankte den Bewohnern des Ruhrgebiets, dass sie die

nationale Ehre und Einheit

in tieffester Not als leuchtendes Beispiel für das ganze deutsche Volk vor der ganzen Welt wieder aufrichtet haben. (Beifall.) Der Redner billigte die Maßnahmen der Regierung und ihre entschlossene Abwehr. „Ein langer und steiniger Weg liegt vor uns. Vor allem müssen wir in diesem Kampfe einig sein. Darum nehmen die Deutschnationalen den Gedächtnishut der Sozialdemokraten auf. Für uns gibt es zurzeit nicht die Frage: Monarchie oder Republik? Wir verteidigen unser Vaterland so wie es ist.“

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.) fragte die bürgerlichen Parteien, ob denn ihre Stillschweigen gegenüber den Nationalisten in München und anderswo richtig sei. Seine Partei identifizierte sich jedenfalls nicht mit dieser Regierung. Auch von einem Friedenswillen der Redner nichts wissen, denn dieser Friede sei ein Reichsfriede.

Abg. Becker-Arensberg (Centr.) warf dem Abg. Breitscheid vor, dass er sich zu Unrecht als Vertreter der Ruhrarbeiter ausspielt. Die Arbeiter dort denken ganz anders als Herr Breitscheid.

Nach beendetem Aussprache wurde der Etat dem Hauptratsausschuss überwiesen.

Steuerbefreiung für die Ruhrhilfe.

Auf Grund des § 108 Absatz 1 der Reichsabgabenordnung hat der Reichsfinanzminister die Finanzämter ermächtigt:

1. Zuwendungen unter Lebenden an eine Hilfsorganisation aus Anlaß der Besetzung des Ruhrgebietes von der Erbschaftssteuer zu befreien, 2. bei der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer den Abzug von Belohnungen an eine Hilfsorganisation der in Nummer 1 bezeichneten Art vom Einkommen in voller Höhe zu zulassen, 3. Arbeitslosenhilfe, der einer Hilfsorganisation der in Nummer 1 bezeichneten Art zur Verfügung gestellt wird, vom Steuerabzug und von der Einkommensteuer zu befreien, 4. Die Hilfsorganisationen der in Nummer 1 bezeichneten Art von allen Steuern zu befreien, die auf Einkommen oder Vermögen ruhen.

Beim Reichspräsidenten sind weiterhin für das Ruhrgebiet viele reiche Spenden aus allen Kreisen der Bevölkerung eingegangen. Am größeren Beträgen haben gestiftet: die Commerz- und Privatbank 200 Millionen Mark, die Hütten G. m. b. H. 3 Millionen Mark (außer den bereits unmittelbar nach dem Ruhrgebiet überwiesenen großen Gaben), Herr Hans Fischer i. F. Fischer u. Wolff als erste Rente 1.600.000 Mark; die Deutschen in Norwegen haben 3.4 Millionen, ein Norweger und ein Deutsch-amerikaner 1 Million Mark gesandt. Die Unterwerke in Dessau haben 6 Millionen, der Anhaltische Arbeitgeberverband 25 Millionen Mark gespendet; die Angestellten und Arbeiter der Junkerwerke und vieler anderer staatlicher und industrielelter Betriebe sowie Gruppen der Beamten haben Prozentsätze ihres Einkommens zur Bereitung gestellt.

Das Central Relief Committee Inc., New York, das erst am 24. Januar eine Spende im Werte von 75 Millionen Mark für die Notleidenden im Ruhrgebiet durch den Hamburgischen Landesverein vom Roten Kreuz überwiesen ließ, hat soeben dem Oberbürgermeister von Essen durch das Rote Kreuz weitere 800 Riesen mit Nahrungsmitteln im Werte von 150 Millionen Mark überwiesen lassen.

Die Lage in München.

Die Verhängung des Ausnahmezustandes blieb zunächst ohne größere Wirkungen nach außen. In München ist alles ruhig, im besonderen verließen der geistige Abend und die Nacht zum Sonnabend ohne Störungen. Der Parteitag der Nationalsozialisten ist gestattet, auch sind leise Versammlungen genehmigt. Öffentliche Umzüge und Versammlungen unter freiem Himmel sind nicht zugelassen. Von auswärts zur heutigen Fahnenweihe kommende Gäste der Nationalsozialisten werden am Hauptbahnhof mit Musik empfangen, dürfen aber nicht geschlossen durch die Straßen ziehen.

Polizeikonflikt in Halle.

Oberpräsident Hörsing hat Gebäude und Einrichtung der Polizeiverwaltung Halle mit Beschluss belegt, veranlaßt durch die Weigerung der Polizei, die Bedingungen der Staatsregierung, unter denen die Polizei auf Grund des Verwaltungsgesetzes verhältnisweise werden soll, zu akzeptieren. Da die Staatsregierung ohne den Beamtenapparat die Verwaltung jedoch nicht ausführen kann, werden die Beamten in ultimative Form aufgefordert, sich der staatlichen Polizeiverwaltung unter Beifügung zu stellen.

Amerikanische 150-Milliarden-Spende für Deutschland und Österreich.

New York, 26. Januar. (Durch Funkspurk.)

Das Zentralkomitee zur Rinderkrankheit der deutschen und österreichischen Not hielt eine Sitzung ab, in der beschlossen wurde, eine Werbung zur

Tantchen Rosmarin.

(A. Horstweg)

Auf diesen Brief hin, der die Hauptsoche eingeschlossen, ward nun der Prozeß mit ungemeiner Erbitterung fortgesetzt. Tante Rosmarin entfaltete dabei ihren ganzen Stolz. Sie ließ dem alten Herrn Baron, der mehrmals gütliche Vorläufe machen wollte, sagen, es sei ihr nicht darum zu tun, sich in die Familie des Herrn Baron einzudringen, aber sie wolle ihre Nichte vor der Welt wieder zu Ehren und ihren Großeltern zu einem anständigen Namen bringen, und sollte es mehrere tausend Dukaten kosten. Sie wäre gar nicht gesonnen, dem Herrn Baron, der außer seinem väterlichen Stammbaum mehr Schulden als Güter hätte, Ihre Nichte zur Gemahlin zu geben. Sie betrachtete dies für ihr Haus als wahre Mesalliance und er wäre nicht der erste Edelmann, welcher vielleicht Lust haben könnte, in Gesellschaft seiner lezzen Abnen nach den vollen Geldskiften einer reichen und schönen Bürgerin zu angeln. Man wisse heutzutage sehr gut, was armer Adel wert sei; man borge auf ein vergammeltes Geschlechtsregister, das bis zu Adam und Eva hinaufreiche,

Ausbringung von 5 Millionen Dollar (= 150 Milliarden Mark) zu veranlassen. Ein Bericht des Botschafters Houghton, der die Bewegung unterstützt, wurde verlesen.

Reise Brantings nach Paris.

Stockholm, 27. Januar.
Ministerpräsident Branting ist über Hamburg nach Paris abgereist, um an der am 29. Januar beginnenden Tagung des Völkerbundsrates teilzunehmen.

Alsons Verlobt †.

Innsbruck, 27. Januar.
Wie die Volkszeitung berichtet, ist der bekannte Arbeitsschriftsteller Alsons Verlobt in Althütte an Influenza gestorben.

Ein Aufruf der Sonderkommission für Memel.

Memel, 27. Januar.
Die von der Botschafterkonferenz am 17. Januar ernannte außerordentliche Kommission, die am Donnerstag eingetroffen ist, erlässt einen Aufruf, in dem sie mitteilt, daß es ihre Aufgabe sei, die Ordnung wiederherzustellen und nach Ablösung der verschiedenen Parteien eine provisorische Regierung einzurichten, in der die verschiedenen Gruppen der Bevölkerung vertreten seien werden. Die Sonderkommission erklärt ausdrücklich, daß sie keine an der Rechtslage des Memellandes getroffene Änderung anerkennen werde.

Aus aller Welt.

Frankfurt a. M. In einem Aufruf an die deutsche Studentenschaft der Universität Jena fordert der allgemeine Studentenausschuss in Jena auf, alle Streitigkeiten untereinander zu beenden, jeden Verlehr mit Belgier und Franzosen abzubrechen und keinen Hörsaal zu betreten, in dem diese sitzen. An die Dozenten wird die Bitte gerichtet, nicht eher mit Vorlesungen zu beginnen, als bis Belgier und Franzosen den Raum verlassen haben.

Prinzessinnen, die sich tätowieren ließen. Amerikanische Archäologen, die augenblicklich in Ägypten Forschungen anstellen, haben, wie aus Lugo gemeldet wird, doch selbst die Mumie einer Prinzessin der ersten thebanischen Dynastie gefunden, deren Alter auf 4000 Jahre geschätzt wird. Die Brüste und der Hals sind tätowiert mit kleinen blauen Zeichnungen, die ihren Gang kennzeichnen. Die Ägyptologen glauben, daß es sich um eine Hofdame, und zwar ein Favoritin des Königs Mentuhotep handele.

Wolfsgefahr in Spanien. Der außerordentlich kalte Winter, der in diesem Jahre in Spanien herrscht, hat die Wölfe aus den Pyrenäen verjagt, und sie in die Nähe der menschlichen Behausungen getrieben. In vielen Fällen wurden Bauern angegriffen. Daraufhin veranstalteten die Dörfer Groß-Treibagden, um die Wölfe zu vernichten. Bei Reinosa in Asturien wurde ein Reiter von 6 Wölfen angegriffen. Da er bewaffnet war, kam er mit heller Haut davon. In Estremadura lief ein Wolf direkt in eine Bauernwohnung, wo sich nur ein kleines Kind beim Spielen befand. Merkwürdigweise hat der Wolf dem Kind nichts zu leide getan.

Die Auslandspostgebühren. Der deutsche Gegenwert des Goldfrankens bei der Gebühreneinhebung im Auslands-Paket, Zeitungs-, Telegramm- und Fernsprechverkehr ist mit Wirkung vom 29. Januar an auf 4600 M. festgesetzt worden. Dieses Umrechnungsvorhängnis ist auch bei der Wertangabe auf Paketen und Briefen sowie auf Rätschen mit Wertangabe nach dem Ausland anzuwenden. Nähert

Über die Tarifpolitik bei Eisenbahn und Post verlautet: Hinrichlich des Gütertarifes ist zum 1. Februar eine Erhöhung nicht zu erwarten. Ob im Laufe des Februar eine solche eintritt, steht zurzeit noch nicht fest. Die Personentarife drogen werden von Beginn des neuen Monats an um 100 Prozent erhöht werden. Bei der Reichspost, Telegrafen- und Fernsprechverwaltung sieht für den 1. März eine abermalige Verdopplung der Gebührensätze bevor. Notwendig dazu ist allerdings noch die Anhörung des Verkehrsministers.

Übermalige Erhöhung der Kohlenpreise. Der Reichskohlenverband hat über die durch die neuen Lohnerschöhungen notwendig gewordene Preisfestsetzung der Kohle beraten und dabei für Ruhrkohle einen Aufschlag von 30.374 M. vereinbart. Die Verhandlungen über die Kleinstpreise und über die für Hausbrand werden erst in einigen Tagen erfolgen.

Die neuesten Buchdruckertarife. Der Deutsche Buchdruckerverein teilt mit: Die Tarif-Kommission des deutschen Buchdruckergewerbes hat für die beiden Wochen vom 29. Januar bis 11. Februar eine Lohnerschöhung auf 30.000 Mark, für die Woche vom 12. bis 18. Februar auf 36.000 Mark in den Spaltenlöhnen beschlossen. Die Lohnerschöhung in Verbindung mit der weiteren Steigerung der Preise für alle Materialien hat eine Erhöhung der gegenwärtigen Druckpreise um 75

felenen halben Gulden, da man hingegen um ein paar elende Goldstücke das Adelsdiplom überall einkaufen und den dickenen Stammbaum molen lassen könne. Aus diesen und anderen Gründen beharrte sie darauf, Herr Pompejus Baron von Malzen müsse schlechterdings in aller Form ihrer Nichte feierlich angekündigt und drei Tage nachher wieder in aller Form richterlich von ihr geschieden werden, so daß sich jeder Teil, wann es ihm beliebte, anderweitig vermählen könne.

Dieser hohe Ton, den Tantchen Rosmarin anstimmte, brachte den alten Herrn fast zum Platzen, und um so mehr, da er wohl bemerkte, daß diese Frau, von der ehemals in seinem Schloß nie Kunde genommen, vermodre ihres Reichums grübler Einfühlung im Gericht als er hatte. Er würde, da er sich über die Eigentümertum von Nieder-Fahren bessere Nachrichten erworben, vielleicht zum bösen Spiel lustig. Wie gemacht und wohl gar — denn Malzendorf war in der Tat schwer verhüllt — in eine Mesalliance mit der begüterten Bürgerstochter gewilligt haben. Aber die Botschaft, wie Tantchen sie ihm sandte, das Bissige, Bissige ihrer Ansprüchen und dann der Bürgerstolz Zusatz, daß sie eine solche Heirat für Missbilligung halte,

Zukünftige Erben. Ein Münchener Polizeibeamter und seine fünf Geschwister haben kürzlich aus dem Nachlaß ihrer Tante, die mit ihrem Mann nach dem Krieg 1870—71 nach Amerika ausgewandert ist, 220 Millionen Dollar geerbt. Die Erben können jedoch vorläufig wegen der amerikanischen Sperrre über deutsche Vermögen nicht in den Besitz des Geldes gelangen.

Die streitbare Venus von Milo. Kürzlich hat in Amerika ein Schönheitswettbewerb stattgefunden, bei dem man in der Beurteilung mit fast wissenschaftlicher Genauigkeit zu Werke ging. Es handelte sich darum, festzustellen, welche Dame die schönste Figur hat, und mehrere hundert Bewerberinnen traten auf. Wie ist aber nun dieses delikate Problem zu lösen? Die Richter wandten sich als echte Nachfolger des Parcs an die Antike um Rat und suchten hier nach einem vollkommenen Typus weiblicher Schönheit; sie glaubten diesen in der Venus von Milo gefunden zu haben. Die Damen, die sich um den Preis von 100 Dollar bewarben, wurden daher eingehend gemessen, und es wurde festgestellt, ob die Proportionen ihrer Figur den Maßen entsprechen, die sich auf dem klassischen Bildwerk finden. Zwei Schönheiten kamen in die engste Wahl, bei der einen wurde aber festgestellt, daß sie verschiedene Eigenschaften aufwiesen, die mit dem antiken Schönheitsideal nicht übereinstimmten. Die junge Dame war über dieses Urteil empört, aber als praktische Amerikanerin beruhigte sie sich nicht bei ihrer Niederlage, sondern verklagte die Richter auf Schadenersatz, und während die Preisträgerin nur 100 Dollar erhielt, forderte sie nicht mehr und nicht weniger als 100.000 Dollar.

Fritz Thyssen Ehrenbürger von Hamborn. In der letzten Sitzung der Stadtverordneten von Hamborn wurde Fritz Thyssen zum Ehrenbürger der Stadt Hamborn ernannt.

Ein Trauring, der nicht passt. Im Norden von London stellte sich ein junges Paar dem Standesbeamten vor, der ihre Vermählung vornehmen sollte. Als der Bräutigam seiner Braut den Trauring ansteckte wollte, erwies er sich als zu klein. Allgemeine Bestürzung. Schließlich wollte sich der Standesbeamte dazu verstellen, das Brautpaar auch ohne Trauring als gesetzlich vermählt anzuerkennen. Doch der Bräutigam wollte davon nichts wissen. Er bestand auf einen vorschriftsmäßigen Ringwechsel. Während die Braut und die Brautzeugen warten mußten, begab sich der Bräutigam zu einem Juwelier in der Nachbarschaft, um einen passenden Trauring zu beschaffen. Erst danach konnte die Trauung vor sich gehen.

Berliner Freiverkehr vom Sonnabend.

In unvermindert scharem Tempo setzte sich die gestern begonnene Haussa für Devisen und ausländische Zahlungsmittel während der Vermittlungsstunden weiter fort. Sowohl die abgeschwächte Markmeldung aus New York (Parität = 23.800 M.) wie die Nachrichten über die demnächst geschlossene Goldgrenze an Rhein und Rhein und die Meldeungen über eine neue Störung in der inneren Politik waren Gründe genug für eine weitere Reichsmarkentwertung, die schon in den ersten Vermittlungsstunden zu einem Kurs von 27.000 M. für die Dallarnote führte. Bei Beginn der Woche wurde unter starker Schwankung ein Kurs von 28.000 M. genannt und späterhin ein solcher von 27.750—29.750 M. Das Geschäft hielt sich in gleicher engen Grenzen, bei dem herrschenden Materialmangel führen die geringsten Unsicherheiten zu erheblichen Kurs-Springen. Von Noten wurden umgesetzte polnische Noten mit 80 M., rumänische Noten mit 10.000 M., österreichische Noten mit 80 M., ungarische Noten mit 8.25 M.

Amtliche Devisen-Notierung.

Devisen	Vortrieb Parität	27. Januar Geld Brief	28. Januar Geld Brief
Dollar	30	30.000,50	27.000,50
Englische Pfund	4,90	12.644,76	12.544,12
Holländische Gulden	20,00	10.625,37	10.701,63
Österreichische Krone	1,50	6.000,00	6.000,00
Schwedische Krone	1,12	5.000,00	4.900,00
Spanische Krone	1,12	7.924,15	7.167,80
Ungarische Krone	0,90	1.981,88	1.981,17
Schwedischer Kronen	0,90	498,50	500,80
Italienische Lira	0,90	13.67,72	17,14,26
Deutsche Mark	0,80	1031,14	10,91,92
Ungarische Forint	—	760,00	760,00
Zypernische Krone	—	648,00	648,00

Effektenverkehr.

Im Zusammenhang mit den weiterhin vorliegenden ungünstigen politischen Nachrichten aus dem Ruhrgebiet lehnte die Nachfrage nach Effekten im heutigen Freiverkehr wiederum in recht beträchtlichen Mengen ab. Was schon zu Beginn der Woche fast ausnahmslos das ganze Kursniveau ansehnlich gestiegen, so verstärkte sich die Nachfrage noch weiterhin mit dem Ansteigen der ausländischen Zahlungsmittel und ferner durch die Tatsache, daß bei den Banton neuenfalls umfangreiche Kaufaufträge des Publikums vorliegen. Im Vorbergrunde der Beachtung standen neuerdings die Werte der Rhein-Elbe-Union, Petroleumswerte und Schiffsaktien sowie ferner im Zusammenhang mit der Devisenbewegung Kolonialpapiere. Die Nachfrage für unnotierte Werte war gleichfalls eine recht beträchtliche.

und daher drei Tage nach der Heirat Scheidung begehrte — das war ihm des Trotzes zu viel.

Er bot nun Himmel und Hölle auf, die Absichten seiner Beginnerin zuwidern zu machen. Er spendete Geld links und rechts; Tanten aber immer die Hälfte mehr als er. Bei der Wichtigkeit ihrer Gründe entschied sich nach Verlauf eines Jahres in zwei Instanzen die Sache zu ihren Gunsten. Der Prozeß ward zur dritten Instanz gebracht. Herr Advokat Kurzelin lächelte höhnisch dem Justitiarius Spott an.

Sieg über Pompejus den Großen.

Nachdem der alte Herr Baron den Prozeß in zwei Instanzen verloren hatte, war bei ihm kein Aushaltens mehr. Er peitschte täglich Hunde und Bediente zusammen, daß kein Hund und kein Bedienter bei ihm bleibe wollte. Er drohte dem Justitiarius eine Kugel durch den Kopf zu jagen, wenn er sich unterstünde, den heillosen Rechtsstreit auch in dritter Instanz zu verlieren, und seinem Sohne schrie er gebitterte Briefe aus Rom nach Malzendorf aufzudauern.

(Fortsetzung folgt.)

Für den Abendtisch.

Für vier Erwachsene berechnet.

Schwäbische Kohlsuppe. Bedarf: Eine Knorr-Erbwurst mit Schinken, 250 Gramm rohe Kartoffelwürfel, 350 Gramm gehobelten oder nudelförmigen geschrittenen Weiß- oder Wirsingflocken, 50 bis 60 Gramm Margarine, Schmalz oder Spezwürstfett, Salz, Pfeffer, Muskatnuss. Herstellung: Zerkörnige die Erbwurst und röhre mit einem Liter kaltem Wasser glatt. Schmelze den Fettflocken dünne in demselben eine halbe geriebene Mittelzwiebel, eine Drittel zerquetschte Knoblauchzehe fürtlos und anschließend das Kraut etwa zehn Minuten, gleiche reichlich ein Liter heißen Wasser darauf, bringe ins Sieden, binde jetzt mit der Erbwurstmasse und lasse das Ganze nebst Salz und Pfeffer gemächlich 60 Minuten köcheln. Während der letzten 20 Minuten fugt die Kartoffeln bei, die in der frühlingshaften Suppe garniert werden sollen. Zum Schluss den Geschmac prüfen und durch Muskatnuss würzen.

Mazzaroni auf Heilbronner Art. Bedarf: 250 Gramm Knorr-Hahn-Mazzaroni, 500 Gr. rohe Kartoffelscheiben, einer weckigen Sorte, 60 Gramm Margarine, Schmalz oder Fett, möglichst mit Spezwürstchen, ½ Liter Milch, Fleisch- oder Knochenbrühe, Salz, Spur feinen, weißen Pfeffer, Süßdosen-Muskatnuss, 2-3 Eßlöffel geriebenen Käse. Herstellung: Wir lieben das Hähnchenlang gebratenen Mazzaroni in viel Salzwasser ziemlich weich, was ungefähr 25 Minuten dauert und schüttet sie auf einen Durchschlag. In der Zwischenzeit hat man die Kartoffelscheiben geschnitten und abgegossen. Zwischenzeitlich röhrt man es so ein, daß beide Teile zugleich fertig werden, denn sie sollen beim weiterverarbeiten nicht kalt sein. Nun die Margarine hell machen, Mazzaroni nebst Kartoffeln darin durchschwenken — nicht rühren! — nach einer Weile Fleischbrühe und Gewürz zutun, ein wenig kämpfen, abdrücken und mit dem Rübe vollenden. — Ebenso gut mündet das nächsthafte Gericht, wenn statt Fleisch oder Knochenbrühe einfache dicke Milchsuppe Verwendung findet.

Der Verband national gesinnter Soldaten ist mit seiner Beschwerde vom Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik bestenspflchtig abgewiesen worden.

Sächsisches

Freital. Vor dem Rathaus in Freital-Döhlen veranstalteten Erwerbslose während der Beratungen über die Linderung der Not der Erwerbslosen eine Demonstration, die sich zum Teil in den Verhandlungssaal verplante.

Dresden. Im Landgericht am Münchner Platz stahlen Diebe das Klosettspapier. Wahrscheinlich fehlte ihnen das Einwirkelpapier, weil sie keine Zeitung mehr halten.

Im Städtischen Opernhaus sind mit Rücksicht auf die durch die Kriegsbesetzung geschaffene Lage die Opern "Catmen", "Bohème" und "Mignon" vom Spielplan abgezogen worden.

Die sächsischen Handelskammern haben auf ihrer am 26. Januar 1923 in Plauen abgehaltenen Tagung bei Besprechung der gegenwärtigen Lage nachlehnende Entschließung gefasst, welche besondere Beachtung verdient: "Das Deutsche Reich steht gegenwärtig an einem entscheidenden Wendepunkt seiner Geschichte; untermischt es sich diesmal dem Diktat der Feinde, so ist es den Untergang geweiht. Deutschland muß sich jetzt selbst helfen. Hierzu ist es unabdingbare Pflicht eines jeden Deutschen, in dieser drückenden Not geschlossen in einer einzigen Volksgemeinschaft zu stehen und mit ihr dem Vernichtungswillen des Feindes den eisernen Willen der Selbstverteidigung entgegenzusetzen. Durch Ruhe und Einigkeit im Innern sowie durch Standhaftigkeit nach außen muß es gelingen, die Gewaltpolitik Frankreichs zunächst zu machen. Aus dieser Erkenntnis heraus hat jeder Deutsche die heilige Verpflichtung, an seinem Teile dazu beizutragen, daß den Brüdern und Schwestern an der Ruhe der Nation gefestigt bleibt, und auch den Volksgenossen der engeren Heimat das Durchhalten in den kommenden schweren Tagen erleichtert wird. Wie sich daher die Landwirtschaft bereit erklärt hat, zur Erfüllung dieser vaterländischen Pflicht für die bedrängten Volksgenossen in selbstloser Abgabe ihrer Erzeugnisse ohne weitere Preiserhöhungen das Auerhuhn zu tun, so müssen auch Industrie, Handel und Gewerbe bei ihrer Preisbildung besondere Opfer bringen und mit allen Kräften bemüht bleiben, ihre Arbeiterschaft in möglichst großem Umfang weiter zu beschäftigen. An diese Verluststände richten daher die zu einer Tagung in Plauen versammelten sächsischen Handelskammern den Mahnruf, bei ihren Preisentscheidungen den sonst zweifellos berechtigten und für die Sicherung der Zukunft des deutschen Wirtschaftslebens unerlässlichen Grundsatz der Erhaltung der Substanz jetzt nicht in den Vordergrund zu stellen, sondern bei ihrem Geschäftsgeschehen stets eingedenkt zu sein, daß es gegenwärtig um die Erhaltung einer höheren Substanz, nämlich um die des deutschen Reiches, geht. Weiter ist es unbedingt Pflicht jedes Gewerbetreibenden, seine Waren ausnahmslos zu den gleichen Bedingungen wie selber ans Augebiet abzugeben. Dieses Gebot gilt insbesondere für die Lieferung aller Nahrungsmitte, um die Ernährung des rheinisch-westfälischen Industriegebietes nicht irgendwie in Gefahr zu bringen."

Dresden will für den Ausgleichsfonds einen Zuschlag zur Wohnungsbauabgabe von 160-300 Prozent des Nutzungswerts der Wohnung oder Geschäftsräume erheben. Bei einem Nutzungswert bis 200 M. fällt die Steuer weg. — Die Vergütung für das Freimachen von Wohnungen wird im Höchstbetrag auf 100 000 M. erhöht.

Dresden. Die städtischen Straßenbahnen sind in den letzten Monaten in immer schwierigere Lage gekommen, teils haben sie ihren Betrieb ganz eingestellt, teils eingeschränkt. Der deutsche Städtebund schließt die Schulden auch der Tarifpolitik des Reichsbahn zu und hat jetzt eine Eingabe an das Reichsverkehrministerium gerichtet, die Personentarife so weit zu erhöhen, daß die Straßenbahnen in der Lage bleiben, die für ihre Existenz notwendigen Tarife in ihren eigenen Betrieben durchzuführen. — Die Loschwitzer Straßenbahn wird ab Montag als Ein-Mann-Linie betrieben.

Bei der Stadtverordnetenwahl in Radeberg machten von 1922 Wahlberechtigten 1571 von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Die bürgerliche Liste siegte mit 7 Sitzen, während es den vereinigten Sozialdemokraten und den Kommunisten nur gelang, je zwei ihrer Kandidaten durchzubringen. Die Bevölkerungsliste erhielt einen Sitz.

Weiter hieß es im Vorjahr 1704 Rücksäge gegen 13400 im Jahre 1921. Mehr als die Hälfte waren Ausländer.

Radeberg. Unsere Schule führt den Stenographieunterricht als Pflichtfach ein.

Radeberg. 1922 traten hier 230, 1921 391 Personen aus der Kirche aus. — Zur Belebung unentgeltlicher Lernmittel wurden 700 000 M. bereitgestellt.

Wilsdruff. Im Januar kostet Lichtstrom 300, Kraftstrom 290, Wasser 30 M.

Ottendorf-Ostrilla erhebt von seinen Gasabnehmern für jeden im Oktober verbrauchten Kubikmeter Gas 200 M. Borschuk, um sich das notwendige Betriebskapital zu verschaffen. Das Gas kostet im Januar 220 M.

Pirna. Die verstorbene Marie Gelbfeld, seit Jahrzehnten eine Wohltäterin der Stadt, hat jetzt Pirna als Erbe des gesamten aus-

Eigentums usw. bestehenden Nachlasses bestimmt. Es soll alles für Wohltätigkeitszwecke Verwendung finden.

Pirna rechts und links der Elbe sollte durch die Einverleibung von Coswig bald in die Erweiterung treten. Vorläufig berantreten werden, die zurzeit noch zu denken geben.

Die Pfuscharbeit hat in Pirna und Umgegend einen das Kleingewerbe sehr schädigenden Umfang angenommen. Es trifft daher ein Überwachungsausschuss in Tätigkeit, um hemmend einzutreten.

Bab-Gottlieba. Der Stadtgemeinderat ist dem Beschluss des Bauausschusses auf Beschaffung der Arbeitsmöglichkeiten für die biesigen Erwerbslosen durch Inbetriebnahme der biesigen Steinbrüche beigetreten und hat beschlossen, sofort die nötigen Schritte zur Sicherstellung der Befähigung aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge einzuleiten, die Genehmigung eines Darlehens bis zu 5 Mill. M. nochzusuchen und hiernach erst mit den Arbeiten beginnen. Der Unternehmer soll verpflichtet sein, neben der erforderlich werdenden Aufsichtsperson nur biesige Erwerbslose, und zwar solche, die ihm vom biesigen Arbeitsnachweis zugewiesen werden, einzustellen.

Mügeln (Bez. Leipzig). Die Jagdverwaltung in Lippa wurde unter 100 Bewerbern dem Holzgroßhändler Thünig aus Dresden zugeschlagen.

Für einen Acker wurde ein Preis von 9000 M. erzielt, sobald sich der Gesamtpreis der Pachtung auf 1½ Mill. Mark stellt. Der bisherige Jagdwächter zahlte nur 4000 M.

Leipzig. Ein 18jähriger Arbeitslose stahl innerhalb acht Monaten seinem Arbeitgeber 388 Pfennige im Werte von 4,8 Millionen Mark. Er stiehle sich täglich mehrere Teller in die Tasche und verhandelte sie sofort an einen Fellaufläufer, der ihm für jedes Fell 500-800 M. zahlte, das einen Wert von etwa 13 000 M. besaß. Das Geld verprachte der Jüngling mit gleichaltrigen Freunden in verunserten Gaststätten und öffentlichen Häusern.

Hart bestraft wurde eine Vermieteterin dafür, daß sie ein Mieterpaar 8 Tage bei sich wohnen ließ, ohne auch nur nach dem Namen der Leute zu fragen. Sie stahlen ihr fast ihre gesamte wertvolle Ausstattung an Kleidern und Wäsche, Brillen, Brillenhörner und albernes Geldhäuschen. Jetzt lebt sie für Wiederentlastung der Gegenstände 100 000 M. Belohnung aus und kann doch nur eine ungefährliche Personalbeschreibung geben.

Sämtliche Ausstellungsplätze in den Leipziger Mehthausern und Hallen für die Frühjahrsmesse 1923 sind bereits vergeben. Eine große Anzahl täglich einlaufender Anfragen nach Mehthausern aus allen Kreisen der Industrie kann deshalb nicht mehr berücksichtigt werden.

Der Seniorchef der Maschinenfabrik Rudolph Sach in Leipzig-Plagwitz, Rudolph Sach, ist an den Folgen eines Schlegelansfalls im 80. Lebensjahr gestorben. Er hatte sich hauptsächlich der Verdienstommunismus des landwirtschaftlichen Maschinenbaus gewidmet.

Chemnitz. Ein Schweizer, der in Chemnitz seine zweite Heimat und eine der ältesten Stoffhandschuhfabriken am Platz befindet, hat 10 Millionen Mark dem Reichspräsidenten für die Aufruhrdeutschland zur Verfügung gestellt.

Chemnitz. Als in der Nacht zum Sonnabend eine in der Ostvorstadt wohnhafte Kaufmannschefrau in ihrem Geschäft arbeitete, hatte sie nicht beobachtet, daß der Hahn einer Gaslampe schlecht geschlossen war. Sie wurde infolgedessen von dem Gas belästigt. Nur durch das Winseln ihres Hundes wurden Hausbewohner auf den Unfall aufmerksam gemacht und retteten die Frau vom sicheren Tode.

Plauen i. V. Der 18jährige Sohn eines Bürgers warf einen 14jährigen Spielkameraden, mit dem er in Streit geraten war, mit einem Schneeball, in dem sich ein Stein befand, und traf ihn dabei ins linke Auge, so daß die Aufnahme des Getroffenen in die Klinik notwendig wurde. Dort stellte sich heraus, daß die Sehkraft des linken Auges erheblich beeinträchtigt worden war. Der Vater des Verletzten klagte gegen den Sohn des Betrügers auf Zahlung der Kur- und Verpflegung und einer lebenslänglichen Rente. Das Landgericht wie auch das Oberlandesgericht in der Berufungsinstanz sprachen dem Kläger diesen Anspruch zu, weil er durch die Verminderung der Sehkraft in seiner künftigen Erwerbsfähigkeit beeinträchtigt werde. Das Oberlandesgericht erachtete den von dem Beklagten vorgebrachten Einwand der Notwehr, weil er von dem Kläger zuerst angegriffen worden sei, nicht für stichhaltig, da es sich um einen gewöhnlichen jugendlichen Streit gehandelt habe.

Scheibenberg. Bei den letzten Holzauktions wurden Durchschnittspreise von 50 000 bis 70 000 M. für 1 Festmeter erzielt. Die Verkaufspreise für Brennholz aus dem städtischen Walde wurden den Preisen in den Staatswaldungen gleichgestellt mit 50% Nachlaß für Minderbemittelt, für die übrigen Einwohner für denselben Preis mit 1000 M. Zuschlag für den Raummetre.

Annaberg. Durch eine biesige Seildroghandlung ist ein Schweizer Geschäftshaus, mit dem die Firma in Verbindung steht, für die Notlage unserer alten Bürger interessiert worden. Daranhat hat die Schweizer Firma circa 400 000 M. gespendet. Der Betrag ist von der gleichen Firma auf eine halbe Million erhöht worden.

Treuen. Ein Sohn unserer Stadt, Reinhard Hüster, war 1921 nach Duisburg gereist, um dort in Arbeit zu treten.

Zu dem am Dienstag den 30. Januar 1923 stattfindenden

Abendessen

mit Ball
lader höflich ein

Haus „Seeblick“ Paulsdorf

Diejenige Person, welche folgende Sachen am Sonntag an Ich genommen hat, ist erkannt worden. Bördere sofortige Rückgabe deselben nach Rathaus Berethut, andernfalls rechtliche Wege eingesetzt werden.

Hüten Sie sich
vor Nitzen- und Blasenleiden.
Der Einzelhändler trieft regelmäßig
"See-Blaseo" zur dauernden Ge-
sunthaltung der lebens wichtigen
Dinge. Zu haben bei Herrn
Lommatsch, Drogerie zum Ele-
fanten, Blasolds walde.

Berlause
reide, fu: gr., hochtragerde
Zuchtkuh
(Rottweil)
Grub Obercunnersdorf
bei Altenberg.

Unmoderne Hüte
werden wieder wie neu vor-
gerichtet.

Gästeberei Zöldlers Nachf.
Dionysiusstrasse.

Seit Jahresfrist fehlt jede Nachricht von ihm, so daß die Eltern ihn als verschollen betrachten. Jetzt erhielten sie die Runde, daß ihr Sohn seit 7½ Monaten französischer Fremdenlegionär ist.

Annaberg. Der 20jährige Mader aus Dittersdorf bei Chemnitz drang in die Schneidemühle von Sitz & Ihm in Neu-dorf ein und stürzte, um den Einbruch zu verwischen, leicht entzündbare Gegenstände an. Er wurde auf dem Bahnhof verhaftet, als er mit zwei vollgepackten Rucksäcken eben abreisen wollte. Er hat eingestanden, zweimal in die Winter-villa am Fichtelberg eingebrochen zu sein. Bei einer Haus-suchung in Dittersdorf stand man Gegenstände vor, die von etwa 50 Diebstählen herührten.

Letzte Nachrichten

Deutscher Widerstand.

Die Reichsratsleistungskommission hat angeordnet, daß Maschinen und Material bedarf Auktion an Frankreich und Belgien bis auf weiteres nicht verschickt werden dürfen. — Throssen erklärte, daß auch die geplante Föllgrenze Frankreich nichts nützen werde. Die Zeichen des Aufruhrs würden nichts nach dem Westen liefern. Der deutsche Widerstand bleibt weiter unerschütterlich.

— Das Reich verlangt Geheimhaltung aller Angaben über Produktion und Absatz der Kohlen- und Eisenverarbeitung und legt für Übertretung Strafen nicht unter 2 Jahren Haftstrafe fest.

— Essen teilte der französische General mit, daß er weitere Kundgebungen mit Waffengewalt unterdrücken werde. Er warne die Bevölkerung, sich den Folgen bewaffneten Einschreitungen auszusetzen.

— Das Postamt Düsseldorf wurde Sonntag vormittag von französischen Truppen besetzt. Die Beamten und Beamten sind aus dem Amt herausgetrieben worden, zum Teil mit Gewalt. Der Ortsverkehr und auch der Fernverkehr war eine Stunde lang völlig gelähmt. Die Maßnahme ist angeordnet worden, weil einige Telegraphenleitungen der französischen Zentrale gestört seien. — Wegen Maßregelung des Regierungspräsidenten und anderer Beamten in Trier richtete der Präsident der Reichsbahndirektion Frankfurt an die dort bestehende französische Unterkommission ein Schreiben, in dem er erklärte, daß der Befehl, Militärtransporte in Gang zu bringen, nicht durchgeführt werden. Infolge des neuen Gewaltmaßnahmen sei der Gesamtwillen der Eisenbahner des ganzen Rheinlandes erlahmt und geschlossen in der Verweigerung der Dienstleistungen unter militärischem Zwang. Bei Aufrichterhaltung der erfolgten Anweisungen müßte jede Verantwortung einschließlich der Weiterführung des ordnungsmäßigen Eisenbahnbetriebes abgelehnt werden.

Das Rheinlandkabel durchschnitten.

Essen, 29. Januar. Wie die Telegraphen-Union zuverlässig erfährt, ist gestern das Rheinlandkabel durchschnitten worden. Der Regierungspräsident von Düsseldorf hat den französischen Beauftragten sofort die Forderung unterbreitet, das Kabel durch deutsche Beamte, die allein dazu imstande seien, wiederherstellen zu lassen. Insbesondere hat der Regierungspräsident zu diesem Zweck die Räumung der Umhüllestation verlangt, in die die Franzosen in reichsweiter Weise eingedrungen sind. Infolge des schwachen Sonntagsverkehrs hat sich die Außerbetriebsetzung des Rheinlandkabels noch nicht entsprechend geltend gemacht. Doch ist damit zu rechnen, daß binnen kurzem der planmäßige Verkehr, insbesondere nach dem unbefehlten Gebiete, Störungen und dem Zusammenbruch ausgehen ist.

Monatliche Sendung von Lebensmitteln.

Nach einer Washingtoner Meldung wurde Pressesprecher im Weißen Hause mitgeteilt, die amerikanische Regierung erwarte einen Parlamentsantrag, in den nächsten Monaten bis zum 1. September etwa 2000 Tonnen amerikanischer Lebensmittel monatlich nach Deutschland zu senden, um den schlimmen Folgen der Ruhrbesetzung zu begegnen. Einen solchen Beschluß würde die Regierung ohne Verzug ausführen.

Deutsche Polizei „gibt nicht das Schuhfeld für die Franzosen frei“.

Essen, 27. Januar. Der französische Platzkommandant hat dem Polizeipräsidenten erklärt, die französischen Truppen würden in Zukunft bei Angriffen der Bevölkerung auf ihre Posten von der Schuhwaffe Gebrauch machen. Er bitte deshalb, daß die Polizeibeamten, wenn sie die Menge nicht mehr zurückhalten könnten, hinter die französischen Posten zurückgehen.

Der Polizeipräsident hat erwidert, daß die deutsche Polizei sich niemals hinter französische Truppen zurückziehen werde, um diesen das Schuhfeld auf die deutschen Landsleute freizugeben. Die Polizeibeamten würden bis zum letzten Augenblick auf ihrem Posten bleiben, um im Interesse der Bevölkerung einen Zusammenschluß mit den Truppen zu verhindern.

Montag mittag (im Kreisverkehr):

Dollar 32750—33250

Czechoslov. Krone 918

Bekanntmachung.

Die Jagdmühung der Gemeinde Cunnersdorf bei Blankenfelde, 1765 Hektar groß, soll auf Beschluss der Jagdgenossenschaft vom 1. September 1922 ab weiter 6 Jahre nach Höchstgebot von Haken durch Erreichung höchster Gebote verpachtet werden. Die Auswahl unter den Bietern sowie Ablehnung niedriger Gebote vorbehalten. Bedingungen können beim Jagdvorstand um Selbstkostenpreis angefordert oder eingestellt werden. Die Gebote sind bis zum 14. Februar d. J. mit der Umhüllung auf den Jagdvorstand einzureichen. Es werden hierdurch alle ihm berechtigten Mitglieder dieser Jagdgenossenschaft aufgefordert, sich zur Eröffnung der eingegangenen Gebote am

Donnerstag den 15. Februar 1923 nachmittags 3 Uhr im Gasthof zur Cunnersdorf zur Abstimmung zahlreich einzufinden.